

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Thomas Gehring

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Eberhard Rotter

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Klaus Holetschek

Staatsminister Dr. Markus Söder

Präsidentin Barbara Stamm: Damit rufe ich den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

"Riedberger Horn: Die Schönheit Bayerns bewahren. Für einen glaubwürdigen Alpenschutz entscheiden."

Ich erteile als Erstem Herrn Kollegen Thomas Gehring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe öfter auf dem Gipfel des Riedberger Horns. Es befindet sich in "meinem" Tal, gehört also zu "meinen" Bergen. Das Riedberger Horn ist immer eine schöne Bergtour; ich kann sie Ihnen allen empfehlen, zu jeder Jahreszeit. Wenn ich dort oben stehe, will ich eigentlich gar nicht mehr weg. Ich stehe dort und schaue bis in die Alpen. Die Aussicht ist wunderbar. Ich sehe hinüber zur Schesaplana, zum Gottesackerplateau und ins Alpenvorland Richtung Bodensee. Ich sage Ihnen, die Aussicht ist beeindruckend. Obwohl man dort oben selten ganz allein ist, kommt man zur Ruhe. Dann denke ich mir: Bei uns ist es doch eigentlich schon ganz schön – und das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts ist gut. Mit der Ruhe ist es vorbei – mit meiner Ruhe heute und auch mit der Ruhe am Riedberger Horn. Mit dem Bau einer Bergbahn und einer Piste am Riedberger Horn würde die Ruhezone, die Schutzzone C des Alpenplans verletzt. Mit der Ruhe dort oben wäre es dann vorbei. Doch der bayerische Landesentwicklungsplan schließt den Bau von Bergbahnen dort eigentlich aus.

Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist heute aus dem Kabinett gekommen? Ist das eine Politposse? Ist das ein Skandal? – Auf jeden Fall ist es ein schwarzer Tag für unsere Berge und für unsere Heimat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stichwort Politposse: Was soll das denn sonst sein? – Da heißt es, jetzt solle in zwei Gemeinden ein Bürgerentscheid kommen, in Obermaiselstein und in Balderschwang. Damit soll dann Landesrecht und internationales Völkerrecht ausgehebelt werden? Wo sind wir denn eigentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Zuruf von der SPD: In Bayern!)

Hier geht es um verbindliche Regeln, hier geht es um Vertrauen. Hier geht es nicht um eine unverbindliche Empfehlung, die einfach missachtet werden kann. Hier geht es um Zuständigkeiten. Zuständig dafür, den Landesentwicklungsplan umzusetzen und diesen Antrag abzulehnen, ist die Landesebene. Missbrauchen Sie hier nicht die kommunale Ebene und die Menschen vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rechtslage ist eindeutig. Wir sprechen hier von der Alpenkonvention, vom Naturschutzprotokoll. Sie fordern, dass Ruhezeiten ausgewiesen werden. Bayern und der Bund haben damals angegeben, dass die Alpenplan-Schutzzone C eine Ruhezone ist. Dort ist kein Eingriff, dort ist kein Bergbahnprojekt möglich. Unsere Tiroler Kollegen haben das respektiert und haben die Skischaukel am Kalkkögel nicht gebaut, weil das gegen internationales Recht verstoßen würde. Das ist auch durch Gutachten ganz klar belegt worden.

Sie würden mit einem Bau gegen internationales Recht verstoßen. Damit ist dieses Projekt nicht möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zum Zweiten macht die Alpenkonvention klar, dass in labilen Gebieten, wo Erosion droht, keine Pisten gebaut und geplant werden dürfen. Das Landesamt für Umwelt hat

ganz deutlich gemacht, dass es am Riedberger Horn Richtung Balderschwang um ein labiles Gebiet geht. Dort wird es Erosion geben, wenn gebaut wird.

Der Ministerpräsident hat letzte Woche gesagt, man könne ja eine Buckelpiste anlegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich war er schon länger nicht mehr beim Skifahren. Ich finde Buckelpisten ja ganz gut, aber Skifahren heißt heutzutage: planieren, trassieren, Bagger, künstlicher Schnee und Beschneigungsteiche. Das heißt Skifahren heute, und das würde die Erosion dort befördern. Deswegen ist dieses Projekt nach der Alpenkonvention nicht möglich und nicht machbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Jetzt kommt der nächste Vorschlag, die Alpenplan-Zone C einfach in Richtung Wannenkopf – das ist der nächste Berg – zu verschieben. Dazu muss man sagen: Das ist ein absurder Vorschlag. Wenn der Wannenkopf fachlich in die Alpenschutzzone gehört, muss er aufgenommen werden. Außerdem ist ein großer Teil dieses Gebiets schon in dieser Alpenschutzzone.

Dann muss man schon sagen: Diese Idee ist ein alter Hut. Dieser Hut ist so alt, dass er schon dreimal aufgefressen worden ist. Die Idee ist schon vor über zehn Jahren in den Kommunen präsentiert worden, und die Kommunen Bolsterlang und Blaichach haben diesen Vorschlag damals abgelehnt. Wollen Sie jetzt auch die Bürgerinnen und Bürger in Bolsterlang und Blaichach fragen? Wollen Sie sie fragen: Wollt ihr das Schutzgebiet, das die Balderschwanger nicht mehr haben, und ihr verzichtet dann auf eure Liftprojekte?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sie da tun, schürt höchstens den Unfrieden in den Dörfern rund ums Riedberger Horn, führt aber zu keiner Lösung. Das ist absurd. Es ist tatsächlich eine Politposse, was Sie da vorhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das Projekt greift in geschützte Biotop- und FFH-Gebiete ein und verstößt damit auch gegen EU-Recht. Es ist eine Verletzung des Vogelschutzes. Wir haben dort Birkhühner – eine Vogelart, die in Deutschland stark gefährdet ist. Allein in den Alpen hat sich der Bestand in den letzten Jahren halbiert. Birkhühner sind besonders geschützt. Wenn das ein Vogelschutzgebiet ist – was es faktisch ist –, bekommen wir Probleme mit dem EU-Recht. Sie können dieses Projekt dann nicht umsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es jetzt heißt, die Bürgerinnen und Bürger von Obermaiselstein und Balderschwang könnten entscheiden, dann ist das doch eine Farce. Natürlich haben beide Gemeinderäte einstimmig den Antrag an das Land gestellt, den Landesentwicklungsplan zu öffnen, ein Zielabweichungsverfahren durchzuführen. Aber es ist doch Aufgabe des Landes zu entscheiden, ob die Kriterien erfüllt sind oder nicht. Das ist nicht Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Die Bürgerinnen und Bürger von Obermaiselstein und Balderschwang werden sich am Ende des Tages von Ihnen missbraucht fühlen; das sage ich Ihnen.

Was die Menschen vor Ort meinen, kann ich Ihnen sagen. Die Meinungen sind tatsächlich geteilt. Die Leute klingeln bei mir an der Haustür und sagen: Du, ich muss mit dir mal übers Riedberger Horn reden. – Da gibt es Befürworter, aber es sind auch immer mehr Leute dabei, die dagegen sind. Die fangen dann an und sagen als Erstes: Ich bin jetzt gewiss kein Grüner, aber dahinten ein solches Projekt zu machen, das geht überhaupt nicht. Das sind Äpler, das sind Landwirte, das sind Leute aus dem Forst, und das sind Jäger. Die sagen: Ich beachte die Naturschutzauflagen, aber der Staat missachtet sie. Was hat denn mein Naturschutz für einen Wert? Warum soll ich mich daran noch halten? – Die Glaubwürdigkeit, die Sie hier bei den Menschen verlieren, können Sie nicht wiederherstellen. Der Glaubwürdigkeitsschaden, den Sie bei den Menschen vor Ort anrichten, ist immens hoch.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ist diese Bergbahn, ist diese Skischaukel das tatsächlich wert? "Skischaukel" ist ein schönes Wort. Der Ministerpräsident wird, wenn er dem Beispiel der Trassen folgt, von Monsterskitrassen reden. Aber sei's drum.

Auf jeden Fall: Das ist es nicht wert. Es wird Klagen geben. Es wird Gerichtsverfahren geben. Der Himmel hängt voller Klagen, wenn dieses Projekt kommt. Es wird Jahre dauern, bis das entschieden ist. Den Menschen ist damit nicht gedient.

Das Riedberger Horn ist natürlich ein Präzedenzfall, und das Projekt ist ein Sündenfall, den Sie nicht ungeschehen machen können. Machen wir uns doch nichts vor: Die Pläne für weitere Projekte in den Schutzgebieten liegen in den Schubladen. Es sind Pläne für Skischaukeln, für große Events und für Hotelburgen. Sie werden das nicht mehr abwenden können. Aber wir wollen keinen Ballermann hier im Alpenland. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es liegt an uns, das zu verhindern, und dieses Haus ist dafür verantwortlich. Eigentlich ist die Lage bei der Bayerischen Staatsregierung klar: Das Umweltministerium hat eine klare Stellungnahme abgegeben, eins a und fachlich begründet. Auch das Landwirtschaftsministerium hat sich dagegen entschieden. Die Entscheidung kann nur im Einvernehmen getroffen werden. Aber wir haben einen Heimatminister Söder, der keine Haltung zur Heimat hat. Er hat keine Haltung zu dieser schützenswerten Heimat, ihm ist der Schutz der Heimat egal. Deswegen kann er sich nicht entscheiden. Er kann sich nicht entscheiden, diesen Antrag abzulehnen. Er hat es einfach nicht im Kreuz.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Heimat braucht diesen Schutz. Die Antwort auf dieses Projekt kann nur ein klares Nein sein. Auch die Befürworter warten jetzt auf die Entscheidung. Ein Nein würde auch bei den Gemeinden für Klarheit sorgen. Wenn das Nein kommt, wird Grasgehren die Lifte erneuern, und Balderschwang wird den Weg des naturgerechten Tourismus

weitergehen. Wir unterstützen die Gemeinden dabei. Ich hoffe, auch Sie werden sie dabei unterstützen.

Diejenigen, die den Ärger und letztendlich die Probleme haben werden, sind die Vertreter der Allgäuer CSU. Die Allgäuer CSU hat die Betreiber immer wieder in das Projekt hineingetrieben. Sie hat gesagt: Macht das, finanziert ruhig teure Gutachten. Wir werden das in München irgendwie durchbringen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, von diesem Trip müssen Sie herunterkommen, Sie werden das Projekt nicht durchbringen. Aber Sie werden den Schaden haben, und Sie sind für den Schaden, der angerichtet worden ist, verantwortlich, auch für die Jahre, die mit diesem Thema vergeudet worden sind.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Beachten Sie bitte die Zeit.

Thomas Gehring (GRÜNE): Luis Trenker hat einmal das Riedberger Horn als den schönsten Skiberg Deutschlands bezeichnet. Er meinte Skitourenberg. Er hat recht. Es geht um den Erhalt unserer bayerischen Landschaft, um die Schönheit unserer Allgäuer Berge und um einen glaubwürdigen Alpenschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Gehring. – Der nächste Redner für die CSU-Fraktion ist Kollege Rotter. Bitte schön.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach x Anträgen und Dringlichkeitsanträgen in diesem Hohen Hause ist das Riedberger Horn nun auch Thema dieser Aktuellen Stunde. Offensichtlich gibt es bei uns in Bayern nichts Wichtigeres zu debattieren als das Thema Riedberger Horn.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie hatten das im Kabinett!)

Aber vielen geht es gar nicht um diesen Berg. Viele Gegner kennen ihn gar nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Der Kollege Gehring kennt ihn. Das will ich ausdrücklich betonen. Auch ich kenne ihn. Aber vielen Gegnern dieses Projekts geht es gar nicht um diesen Berg; es geht um Ideologie. Sie wollen einen Stellvertreterkrieg führen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Im Übrigen, Herr Kollege Gehring, möchte ich Sie in einem Punkt schon deutlich korrigieren: Die Allgäuer CSU hat die Gemeinden und die interessierten Betreiber – auch ich gehöre zur Allgäuer CSU – nicht in dieses Projekt hineingetrieben, sondern diese sind auf uns zugekommen und haben gesagt: Es kann doch nicht sein, dass wir nur deshalb nicht bauen können, weil wir ein paar Hundert Meter in der verkehrten Zone liegen mit der Seilbahn, die wir dringend benötigen, damit wir auch in Zukunft in dieser Region leben können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Worum geht es eigentlich? Es geht darum, eine Verbindungsbahn und eine Skipiste zu errichten. Ein kleiner Teil dieses Projekts liegt in der Alpenschutzzone C.

(Florian von Brunn (SPD): Ein kleiner Teil?)

Dafür stünden allerdings weit größere Tauschflächen zur Verfügung. Diese Schutzzone C, die man jetzt wie eine Monstranz vor sich herträgt, ist in der Region vor 44 Jahren festgelegt worden. Ein Altbürgermeister, der seinerzeit dabei war, hat wiederholt erklärt, wie das damals geschehen ist: Man hat eine Karte ausgebreitet, sich darüber gebeugt, einen Filzschreiber in die Hand genommen und dann mit einem dicken Strich die Grenzen relativ willkürlich festgelegt.

(Florian von Brunn (SPD): Dadurch, dass Sie die Unwahrheit wiederholen, wird es nicht besser! Sie reden die Unwahrheit!)

– Sie gehören auch zu denen, die nicht aus der Region sind, aber meinen, sie wüssten alles besser. Aber das ist Ihr Problem, Herr Kollege von Brunn.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Rotter, einen kleinen Moment bitte. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich unterbreche. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Zwischenrufe sind zulässig und auch erwünscht, aber bitte in Grenzen. Sie sollen und dürfen den Redner nicht in seiner Rede beeinträchtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bitte schön, Herr Rotter, Sie haben das Wort.

Eberhard Rotter (CSU): Es geht bei dieser Entscheidung um eine wohlabgewogene Einzelfallentscheidung und nicht um einen Dambruch. Es geht auch darum, die Wettbewerbsfähigkeit des Hochtales Balderschwang durch diese Verbindungsbahn und die Skipiste zu erhalten. Ich habe bereits gesagt: Es gibt dort keine Einkommensalternativen zum Tourismus. Von der Berglandwirtschaft allein können die Bewohner dort weiß Gott nicht leben.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Die Verbindungsbahn würde ein neues, ganzjähriges touristisches Leistungsangebot entstehen lassen. Es geht darum, dass durch eine schnelle, sichere und wetterfeste Bergbahn auch Zielgruppen wie Familien und Senioren außerhalb der Skisaison für das Hochtal Balderschwang gewonnen werden können. Bei einer Bergbahn von 1,5 Kilometern Länge und einer Skipiste von 3 Kilometern Länge kann aus tourismusfachlicher Sicht nur von einem kleinräumigen Vorhaben gesprochen werden. Von daher ist auch nicht aus dem konkreten Vorhaben heraus zu erklären, wie gewaltig hier der Widerstand ist, wie gewaltig die Gegnerschaft ist und wie groß das Medien-echo ist. Dieser Skiverbund könnte einen positiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten, indem längere Autofahrten der Winterurlauber in die intensiv beschneiten österreichischen, italienischen oder schweizerischen Ziele minimiert werden. Liebe

Kolleginnen und Kollegen, ich wundere mich, dass die Natur- und Umweltschützer davon überhaupt nicht reden.

(Florian von Brunn (SPD): Weil es einfach nicht stimmt!)

Das wird in diesem Falle akzeptiert. Dann geht es natürlich auch um das besonders geschützte Birkhuhn, wobei sich offensichtlich niemand um dessen Wohlergehen sorgt, wenn Skitourengeher das Riedberger Horn erklimmen und dann, ohne dass eine befestigte Piste entsteht, wieder abfahren. Dabei ist dann das Störpotenzial weit größer.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Diese Touren – das stimmt mich ganz besonders froh – werden von einem Verband organisiert, der im Übrigen einer der Hauptgegner dieser Skischaukel ist. Keiner, am wenigsten die Bevölkerung vor Ort, will hier einen Naturfrevel. Die Bevölkerung weiß sehr wohl, welches Kapital sie mit dieser schönen Landschaft hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das will überhaupt niemand beeinträchtigen. Aber es kann nicht sein, dass von dem, was 1972 beschlossen worden ist, unter keinen Umständen, auch nicht bei sorgfältigster Abwägung des Einzelfalls, abgewichen werden kann.

(Florian von Brunn (SPD): Sehr sorgfältig?)

Es kann nicht sein, dass eine Seilbahn für alle Zeiten nicht gebaut werden kann, nur weil das Gebiet ein paar Hundert Meter in der Zone, die 1972 eingezeichnet wurde, liegt.

(Florian von Brunn (SPD): Doch!)

Das wäre die Aufgabe jeglicher politischer Gestaltungsmöglichkeit.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Von daher begrüße ich ausdrücklich, dass die Staatsregierung nunmehr einen Weg aufgezeigt hat, wie das unter Beachtung aller landschafts- und naturschützerischen Gesichtspunkte gehen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Sie glauben selber nicht, was Sie da reden!)

Nicht die Bürger vor Ort werden entscheiden, ob die Seilbahn gebaut werden kann, aber sie sollen die Maßnahme bestätigen. Auch Kollege Gehring hat Zweifel geäußert, ob alle dafür sind. Die Bürgerinnen und Bürger sollen bestätigen, dass sie diese Maßnahme tatsächlich wollen. Erst wenn sie Ja gesagt haben – ja, wir wollen das –, wird die Staatsregierung entsprechend tätig werden.

Im Übrigen freue ich mich, dass meine Fraktion bei nur einer Gegenstimme soeben beschlossen hat, dass die Staatsregierung im Falle eines positiven Ausgangs der Bürgerbeteiligung die notwendigen Schritte zur Änderung der Zonenabgrenzungen am Riedberger Horn einleiten soll und dass sie alternativ prüfen soll – –

(Margarete Bause (GRÜNE): Wenn Sie noch einmal sagen, dass Sie für Naturschutz sind!)

Die Staatsregierung – ich sage es noch einmal zur Klarstellung –

(Thomas Gehring (GRÜNE): Sie haben gerade die Umweltministerin demontiert!
– Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ist in diesem Beschluss aufgefordert worden, im Falle eines positiven Ausgangs der Bürgerbeteiligung – das ist die Grundvoraussetzung – die notwendigen Schritte zur Änderung der Zonenabgrenzungen am Riedberger Horn einzuleiten bzw. zu prüfen, das Landesentwicklungsprogramm mit dem Ziel zu ändern, in Zone C des Alpenplans Seilbahnen, Lifte und Skiabfahrten landesplanerisch unter bestimmten naturschonenden Voraussetzungen zu ermöglichen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist Rechtsbeugung! – Gegenruf von der CSU: Schreihals!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Naturräume müssen immer auch Lebensräume für die Menschen bleiben. Auch die Menschen müssen dort weiter gut leben können. Darum setzen wir uns für das ein, was wir heute beschlossen haben und weswegen auch die Staatsregierung das Verfahren in Aussicht gestellt hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Rotter. – Kollege von Brunn steht für die SPD schon bereit. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 44 Jahre lang hat der Alpenplan die Bayerischen Alpen, ihre einzigartige Landschaft und Natur vor Zerstörung und übermäßiger Erschließung bewahrt. 44 Jahre lang haben für alle klare und wohlbegründete Prinzipien gegolten, die weit über Bayern hinaus Anerkennung gefunden haben. Jetzt haben die Herren Kreuzer, Söder und auch der Ministerpräsident, der die Sache zur Chefsache erklärt hat, die Alpenpolitik und das Riedberger Horn in die Hand genommen. Jetzt regieren nicht mehr die Vernunft und das Augenmaß – jetzt regiert die Klientel.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Um Alpenschutz, Naturschutz und Landschaftsschutz scheren sich dieser Ministerpräsident und diese CSU offensichtlich wenig. Oder wie soll man es sonst erklären, dass man jetzt den Alpenplan ändern will, damit man quer durch die Berglandschaft und die alpine Natur am Riedberger Horn eine Skischaukel bauen kann? Wie soll man erklären, dass sich der Ministerpräsident zwar mit einem Hotelier und einem Inhaber einer Skischule vor Ort trifft, die beide im Nebenberuf Bürgermeister der dortigen Gemeinden sind, aber nicht mit der Alpenschutzkommission CIPRA, nicht mit dem Deutschen

Alpenverein, nicht mit dem Bund Naturschutz und nicht mit dem Landesbund für Vogelschutz, um das weitere Vorgehen zu besprechen?

Wir verstehen nicht, was der Ministerpräsident gemeint hat, als er gesagt hat: Wir haben das juristisch sorgfältig geprüft und wissen, was notwendig wäre. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht schon seit Monaten fest; denn Ihr eigenes Landesamt für Umwelt, Herr Huber, hat Ihnen das bereits schwarz auf weiß aufgeschrieben. Am 10. Juni 2015, also schon vor einem Jahr, hat das Landesamt in seiner Stellungnahme erläutert, dass die beantragte Zielabweichung wegen der erheblichen Auswirkungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie wegen der besonderen Bedeutung des Schutzes vor geologischen Naturgefahren nicht vertretbar ist. Außerdem, so das Landesamt weiter, stelle eine Abweichung den Alpenplan als Grundgerüst für eine geordnete Erschließung der Alpen in Frage und berühre so die Grundzüge der Planung.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Was wollen Sie? – Anstatt dem Planungsrecht Geltung zu verschaffen und dieses unsinnige Projekt zu beenden, greifen Sie jetzt den Alpenplan in seiner Substanz an, ganz nach dem Motto: Wenn ein Gesetz dem lokalen Business und der CSU nicht passt, dann wird es eben angepasst. Jetzt soll also die Bevölkerung in zwei kleinen Gemeinden mit ein paar Hundert Einwohnern über einen landesweit bedeutsamen Präzedenzfall entscheiden – Bewohner, von denen ein guter Teil wie die beiden Bürgermeister Geschäftsleute, Anteilseigner oder sonstige Profiteure des Baus dieser Skischaukel sind. Die dürfen also den Daumen heben und entscheiden, ob die höchste Schutzzone C des bayerischen Alpenplans nach 44 Jahren, in denen sie sich bewährt hat und bisher von allen Staatsregierungen akzeptiert wurde, geschäftsoptimiert und profitorientiert zurechtgestutzt wird. Ein Hotelier-Bürgermeister, ein Skilehrer-Bürgermeister, lokale Investoren, ihnen ergebene CSU-Landtagsabgeordnete und eine Handvoll Bürger vor Ort entscheiden, wie der Alpenschutz und die Landschaftspla-

nung in Bayern aussehen. Das ist komplett verantwortungslos, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So öffnen Sie Tür und Tor für weitere unsinnige und falsche Projekte.

Ja, das Projekt Skischaukel am Riedberger Horn ist auch aus übergeordneter Perspektive betrachtet wirtschafts- und tourismuspolitisch falsch. Balderschwang und Grasgehren können auch nach einem Zusammenschluss nie mit dem Skizirkus in Österreich konkurrieren. Ich nenne nur ein Beispiel: Die Gesamtpistenstrecke des nahe gelegenen Skigebietes von Lech und Zürs am Arlberg, das von 1.250 bis auf 2.500 Höhenmeter hinaufreicht, bleibt selbst nach dem Zusammenschluss immer noch drei- bis viermal so groß – und das ist nicht einmal das größte Skigebiet Österreichs.

Wenn Sie den Ausbau des Skigebiets am Riedberger Horn auf Kosten der Natur durchsetzen, züchten Sie damit nur mehr Konkurrenz für deutsche Skigebiete, im Allgäu für Oberstdorf, Oberjoch und Oberstaufen, aber nicht für Österreich. – Und das bei einer sinkenden Anzahl von Skifahrern in Deutschland insgesamt. Das muss man sich einmal vorstellen.

Die Frage nach dem Schutz oder der Nutzung der Alpen geht weit über den Tellerrand lokaler Interessen hinaus. Die Bedeutung der Alpenpolitik im gesamteuropäischen Kontext wird durch die Alpenkonvention unterstrichen, einen völkerrechtlichen Vertrag, den die Alpenanrainerstaaten und die Europäische Union ratifiziert haben. Das Bodenschutzprotokoll der Alpenkonvention verbietet den Bau und die Planierung von Skipisten in labilen, rutschanfälligen Gebieten. Das hat das Gutachten von Professor Faßbender, das wir in Auftrag gegeben haben, noch einmal deutlich aufgezeigt. Das Planungsgebiet am Riedberger Horn ist genau so ein rutschanfälliges Gebiet. Das kann jeder von Ihnen im Internet auf den einschlägigen Gefahrenhinweiskarten des Landesamts für Umwelt nachlesen. Deswegen widerspricht es dem Umweltvölkerrecht, dort neue Skipisten anzulegen.

Wir sind gespannt, was Sie dann diesbezüglich unternehmen werden. Werden jetzt die Karten geändert, wird das Gebiet von der CSU für stabil erklärt, oder sollen ein paar Hundert Einwohner in zwei kleinen Gemeinden in einem Bürgerentscheid ein internationales Abkommen außer Kraft setzen? Das müssen Sie uns einmal erklären. Worauf müssen wir uns einstellen? – Dass Sie den Bruch der Alpenkonvention billigend in Kauf nehmen? Es zeugt schon von einer unglaublichen Hybris, wie diese Landesregierung meint, sich über Völkerrecht sang- und klanglos hinwegsetzen zu können wie in einer Bananenrepublik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für den Naturschutz und das Naturschutzrecht. Innerhalb des Planungsgebietes gibt es 68 Hektar Biotop. Die meisten sind geschützte Biotop nach dem Bundesnaturschutzgesetz oder dem Bayerischen Naturschutzgesetz. Dort gibt es 53 Pflanzenarten, die auf der Roten Liste stehen. Ich brauche nicht zu erwähnen, dass das Gebiet besonders für den Vogelschutz eine hohe Bedeutung hat, weil es dort eine für den bayerischen Alpenraum besonders wichtige Population des streng geschützten und stark gefährdeten Birkhuhns gibt. Dazu kommen noch andere Arten, die nach Anhang I der Europäischen Vogelschutzrichtlinie geschützt sind, wie das Auerhuhn, das Haselhuhn und weitere streng geschützte Tierarten.

Dazu kommen der besondere Wert und die besondere Bedeutung des Landschaftsbildes, die das Landesamt für Umwelt in seiner Stellungnahme ausführlich begründet hat. Wegen dieses Landschaftsbildes hat der Landkreis Oberallgäu schließlich auch das Landschaftsschutzgebiet Hörnergruppe geschaffen. In der Schutzgebietsverordnung dieses Landschaftsschutzgebietes wird der Zweck der Ausweisung so beschrieben: Die Hörnergruppe als Teilbereich der Allgäuer Alpen soll wegen ihrer hervorragenden Schönheit, Vielfalt und Eigenart in ihrer Gesamtheit geschützt werden, genauso die dort vorkommenden seltenen, gefährdeten und schutzbedürftigen Pflanzen- und Tierarten und die vielfältigen Strukturen der Höhenzüge und Täler mit der reichen Verzahnung von Waldflächen und alpwirtschaftlichen Flächen.

Das alles gefährden Sie durch den geplanten Bau von Liftanlagen und Pisten. Wie hat es der Ministerpräsident genannt? – Seiner Meinung nach könnten hier naturnahe Pisten entstehen. – Wie sollen in dieser Landschaft und inmitten von Biotopen und Schutzatbeständen naturnahe Pisten geschaffen werden? Es war Ihr Umweltministerium, das erst vor Kurzem im Umweltausschuss erklärt hat, was für ein gravierender Eingriff in die Natur die Neuanlage von Skipisten ist.

Die Neuanlage vor allem der Skipiste würde massiv in bestehende Biotope eingreifen. Außerdem kann die Piste nicht gebaut werden, ohne dass in großem Stil Berg- und sogar Schutzwald gerodet wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das widerspricht aber dem einstimmigen Beschluss dieses Hauses, dem Bergwaldbeschluss des Bayerischen Landtags von 1984.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Außerdem sind künstliche Beschneiungsanlagen geplant. Ganz abgesehen von dem Bodenschutzprotokoll der Alpenkonvention, das das Anlegen neuer Skipisten in labilen Gebieten verbietet: Wie kann man eine Piste, für die Bergwald gerodet wird, die mitten durch geschützte Biotope gezogen wird, die künstlich beschneit wird, als "naturnah" klassifizieren?

Ein Fazit kann man mit Blick auf den Naturschutz und seine momentane Situation in Bayern ziehen: Unter Ministerpräsident Seehofer und seiner Regierung sind in Bayern offensichtlich die Zeiten vorbei, in denen ein Nationalpark Bayerischer Wald geschaffen, ein bayerisches Umweltministerium neu begründet und der Umwelt- und Naturschutz in die Bayerische Verfassung aufgenommen wurde. Sie machen das Gegenteil! Sie täuschen die Öffentlichkeit, indem sie zwar von Naturschutz reden, aber in Wirklichkeit der Profiterzielung durch Naturzerstörung Tür und Tor öffnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden das nicht akzeptieren, sondern alle Register ziehen, um dieses rechtswidrige Projekt am Riedberger Horn zu stoppen.

(Lachen des Abgeordneten Eberhard Rotter (CSU))

Im Parlament und außerhalb, Herr Rotter! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege von Brunn. – Der nächste Redner ist Herr Dr. Herz für die Fraktion FREIE WÄHLER. Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war soeben von den lokalen Entscheidungsträgern und den Abgeordneten aus der Region die Rede. Die entsprechende Kompetenz würde ich außer meiner Wenigkeit natürlich noch Herrn Kollegen Gehring zubilligen; ansonsten hält sich diese Kompetenz stark in Grenzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE) – Florian von Brunn (SPD): Bei Ihnen aber auch, Herr Kollege!)

Damit wollte ich nur die Kompetenzen abstecken.

Kollege Gehring hat schon viele wichtige Punkte aufgezählt. Es ist zum Beispiel ein Problem – wir hatten in diesem Hause schon öfter damit zu tun –, dass ein Eingriff in die Schutzzone C des Alpenplans vorgenommen werden soll. Deshalb ist die Dramatik so groß, und wir müssen das Problem auch hier im Landtag ansprechen.

Um auf die Rede des Kollegen von Brunn einzugehen: Er hat maßlos übertrieben.

(Florian von Brunn (SPD): Was?)

Es ist bereits klaggestellt worden, dass es zu einzelnen Baumfällungen kommen wird; das muss drin sein. Die Landschaft wird nicht zerstört; maximal 400 m² Fläche sollen aktiv bebaut werden. Der Bau von Familienabfahrten ist geplant. Großflächige Rau-

penverschiebungen wird es nicht geben. Diese Tatsachen müssen wir immer wieder darstellen.

(Florian von Brunn (SPD): Dann waren Sie aber noch nicht dort!)

Die Einhaltung dieser Ankündigungen kann während der Umsetzungs- bzw. Bauphase überwacht werden.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Punkt. Wir reden hier im Haus häufig über lokale Strukturen, zu denen auch die klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft gehört. Entscheidend ist der Hinweis, dass 80 bis 90 % der Menschen in diesen Gegenden inzwischen vom Tourismus leben. Insofern muss ich den Kollegen von der rechten Seite des Hauses recht geben: Wir müssen auch schauen, dass wir bleiben, wo wir sind.

(Florian von Brunn (SPD): Wir müssen beim Alpenplan bleiben!)

Wir müssen den Menschen dort Alternativen anbieten. Daher können wir nicht grundsätzlich Nein zu allen entsprechenden Vorhaben sagen. Zumindest für uns FREIE WÄHLER ist es sehr wichtig, dass auch in Bezug auf diese Frage ein Abwägungsprozess erfolgt.

Angesichts der besonderen Lage der Gemeinde Balderschwang müssen wir deren Einwohnern sagen und zeigen: Auch ihr gehört dazu. Ihr seid nicht drüben in Österreich. – Im Verbund müssen wir zeigen, dass wir bei uns ein Projekt gemeinsam schultern und realisieren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER haben immer für ein abgespecktes Verfahren, das in gewisser Weise einen Kompromiss darstellt, plädiert. Ursprünglich waren ja vier Abfahrten geplant. – So viel zu diesem Thema.

(Florian von Brunn (SPD): Die Rechtslage interessiert Sie nicht, oder?)

Ich komme zu zwei Punkten, die uns ebenfalls wichtig erscheinen, die aber das Verhalten der Fraktion der CSU betreffen. Liebe Kollegen der CSU, so, wie es gerade bei Ihnen läuft, kann es nicht weitergehen. Sie diskutieren zurzeit ausführlich darüber, wie Sie mit Volksbefragungen umgehen wollen. In der Frage des Riedberger Horns sprechen Sie sich für eine Volksbefragung aus. Das ist Ihr gutes Recht. Es gab aber schon Befragungen wie die zur dritten Startbahn für den Münchner Flughafen. Da das Ergebnis Ihnen nicht passte, haben Sie entschieden, dass die Befragung vielleicht doch nicht so wichtig gewesen und nicht ernst zu nehmen sei. Meine Damen und Herren von der CSU, Sie müssen endlich einmal klären, und zwar im Vorfeld, ob Sie Volksbefragungen generell befürworten oder ob Sie nur dann für Volksbefragungen sind, wenn Sie keine eigene Meinung haben.

Damit komme ich auf den nächsten wichtigen Punkt zu sprechen: Mein Kollege Professor Michael Piazzolo hat hier vor wenigen Tagen eine wegweisende, bahnbrechende Rede gehalten.

(Lachen bei der CSU)

Ich empfehle Ihnen diese Rede zum Nachhören und zum Nachlesen. Er hat von einem "Wetterhäuschen" gesprochen. Dieses Wort passt auch zum Verhalten der CSU: In Ihrem Wetterhäuschen sitzen für alle Richtungen Vertreter. Herr Minister Söder und Herr Kreuzer sprechen sich für die Bebauung am Riedberger Horn aus. Die Frau Umweltministerin spricht sich dagegen aus. Sie sind zu keiner einheitlichen Meinung gekommen und haben demzufolge keinen Beschluss gefasst. Heute hören wir, wenn die Bevölkerung Ihnen folge, könnten Sie doch ein Verfahren einleiten.

Liebe Kollegen der CSU, so kann es nicht laufen. Sie wollen alle Richtungen abdecken: die Befürworter, die Gegner und auch das, was sich ab und zu dazwischen findet.

(Florian von Brunn (SPD): Das betrifft auch die FREIEN WÄHLER!)

Dann sagen Sie: Liebe Bevölkerung – es geht um gut 900 Menschen, knapp 800 in Obermaiselstein und gut 160 in Balderschwang –, entscheide mal schön! Wir schauen dann, was wir tun können.

Herr Präsident, ich komme zum Abschluss.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Lieber Herr Minister Söder, liebes Kabinett, Sie sollten schon eine Meinung äußern. Es steht einer Bayerischen Staatsregierung zu, zu einem wegweisenden Thema eine Meinung zu haben, bevor sie die Bevölkerung fragt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Margarete Bause (GRÜNE): Wie ist denn die Meinung der FREIEN WÄHLER?)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Lieber – –

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Ich kreide Ihnen sehr an, dass Sie vor dieser Befragung der Bevölkerung keine Meinung äußern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Lieber Kollege!

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Eine Bayerische Staatsregierung ohne Meinung ist ein Armutszeugnis. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Lieber Kollege Herz, Sie haben vom Wetterhäuschen geredet; aber die Sanduhr ist schon durchgelaufen. – Vielen Dank. Die nächste Wortmeldung stammt von dem Kollegen Beißwenger für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Geplant ist ein Verbund bereits existierender Skigebiete, das heißt keine Neuerschließung unberührter Natur. Ich betone dies, weil der Kollege von den GRÜNEN behauptet hat, mit dem Bau einer Bergbahn und einer Piste am Riedberger Horn sei es mit

der Ruhe endgültig vorbei. Dann müsste es damit schon lange vorbei sein; denn das ist schon gebaut und seit Langem in Betrieb.

Es handelt sich mehr oder weniger um eine Maßnahme zur Förderung von gelenktem Tourismus. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass vor Ort Alpwirtschaft, Ski- und Wandertourismus Hand in Hand gehen und im Einklang mit der Natur funktionieren.

Auffallend ist: Die Zahl der Birkhühnerpaare, die immer wieder angesprochen werden, ist in den vergangenen Jahrzehnten von vier auf dreißig gestiegen – trotz Skitourismus. Das heißt, Nutzung ist nicht Zerstörung. Beides darf nicht gleichgesetzt werden.

Um auf den Tagesordnungspunkt zurückzukommen: Alle, sowohl die Gegner als auch die Befürworter des Projekts, wollen die Schönheit der Landschaft erhalten. Gerade die Einheimischen haben doch diese Kulturlandschaft durch ihre viele Arbeit geprägt, und sie pflegen sie bis heute.

An dieser Stelle muss ich das Thema Landwirtschaft ansprechen: Der Tourismus ist für die Landwirtschaft unermesslich wichtig. Er ist ein stabilisierendes Element der Einkommenserzielung. Diese erfolgt quasi in Kombination: Viele Alp- und Bergbauern betreiben oben ihre Hütte und sind froh, wenn ein Gast vorbeikommt, der auch noch Buttermilch oder eine Brotzeit zu sich nimmt. Das ist eine funktionierende Kombination, die wir weiter pflegen müssen.

Ich stelle umgekehrt die Frage: Was tun die Gegner des Projekts für die Landschaft? – Einige der Gegner erschließen sich die für sie sonst fast heilige Zone C durchaus, zum Beispiel als Skitourengehänger. Ich bin der Meinung, ein Schwarz-Weiß-Denken, das hier immer wieder propagiert wird, ein Denken in den Kategorien von Gut und Böse ist hier nicht angebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zu mir hat ein Journalist gesagt, der eigentlich gegen das Projekt war, dass er vor Ort überrascht gewesen sei, was da oben eigentlich los ist. Er sagte, wenn man das ein-

mal gesehen habe, könne man nicht mehr dagegen sein. Je weiter man weggeht, desto größer wird allerdings der Widerstand.

Wir sollten vielleicht häufiger die Menschen in der Region befragen. Damit meine ich auch die Bürgermeister, die Gemeinderäte und die Kreistage, die vor Ort Beschlüsse fassen. Herr von Brunn, Sie können sich heute fast nicht mehr auf dem Stuhl halten. Sie müssten gar nicht so nervös sein. Rüsten Sie einmal verbal ab! Begriffe wie "völkerrechtswidrig" sollten wir gebrauchen, wenn es um weltweite Bedrohungen geht. Hier geht es jedoch um den Bau einer Bergbahn. Sie sollten wieder herunterkommen und nicht aggressiv die Leute gegeneinander aufhetzen.

(Beifall bei der CSU)

Der Alpenraum ist nicht nur Naturraum, er ist auch Lebensraum. Das wird manche überraschen, die weit davon entfernt leben. Wir sollten nicht beide Funktionen gegeneinander ausspielen. Die Natur soll auf keinen Fall gestört werden. Den Menschen vor Ort muss aber auch geholfen werden.

(Florian von Brunn (SPD): Ja, aber nicht mit falschen Mitteln!)

Wenn wir überall Freilichtmuseen errichten wollen, müssen wir den Leuten eine andere Existenzmöglichkeit geben. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir für die Menschen, die diese Heimat- und Kulturlandschaft geprägt haben, da sein.

(Beifall bei der CSU – Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben kein Verhältnis zur Natur und keine Ahnung, wovon Sie reden!)

– Oh, die Frau Vizepräsidentin Gote schreit gerade durchs Parlament. Hallo!

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Ihre Ausführungen sind ja auch zum Schreien!)

Ich möchte hier nicht auf parlamentarische Gepflogenheiten eingehen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Schauen Sie mal in die Geschäftsordnung! Das hilft!)

– Ich schaue einmal, was unter "Vizepräsidentin" und unter "Benehmen" steht.

(Beifall bei der CSU)

Ich begrüße den Weg der Staatsregierung ausdrücklich und möchte, im Gegensatz zu meinem Vorredner, darauf hinweisen, dass sich in unserer Fraktion kein Kabinettsmitglied gegen das Projekt ausgesprochen hat.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist interessant!)

Ich finde es sehr gut, dass die Staatsregierung ihren Weg mit den Menschen vor Ort und im Sinne der Heimat geht.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Holetschek. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man könnte fast meinen, die Schlacht ums Riedberger Horn wäre ausgebrochen. Dabei sollten wir doch endlich einmal über die Sache diskutieren und etwas mehr Ruhe hineinbringen.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß gar nicht, wovor Sie Angst haben. Ich möchte mich ausdrücklich bei unserem Ministerpräsidenten und unserem Heimatminister Markus Söder bedanken;

(Florian von Brunn (SPD): Jetzt wird es schleimig; es tut mir leid!)

denn es ist richtig, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort vertrauen. Wenn Sie einmal vor Ort gewesen wären und mit den Menschen gesprochen hätten, wüssten

Sie, dass dieses Thema keines ist, das wir aus dem Parlament herausgetragen haben, sondern dass dieses Thema von außen an uns herangetragen wurde.

(Florian von Brunn (SPD): Herr Holetschek, deshalb sagte ich "Klientelpolitik"! Man könnte auch sagen "Amigopolitik"!)

Der Tourismus ist nun einmal eine Leitökonomie. Da hängen Familien mit dran. Auch das gehört zu der Güterabwägung, die wir hier vornehmen müssen. Sie ignorieren immer ein Thema. Sie blenden immer einen Bereich aus, nämlich die Existenz der Menschen. Die Menschen machen sich Sorgen, dass sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Wie geht es mit dem Tourismus weiter? Auch das muss abgewogen werden. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir den Menschen die Chance geben, sich klar zu artikulieren. Die Menschen sollen klar sagen, was sie wollen und was sie nicht wollen. Ich bin auch dankbar, dass das Kabinett heute eine Entscheidung getroffen hat. Es hat die Basis geschaffen, auf der dieses Thema vernünftig und unter Beachtung des Naturschutzes weiterentwickelt werden kann.

(Florian von Brunn (SPD): Wie wird hier der Naturschutz beachtet?)

Meine Damen und Herren, natürlich ist der Alpenplan wichtig. Meine Fraktion hat eine Alpenstrategie auf den Weg gebracht, weil wir uns auch mit der Zukunft beschäftigen. Das will ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch wirklich hohles Gerede!)

Wir beschäftigen uns nicht nur mit der Vergangenheit und sagen, was nicht geht. Wir versuchen vielmehr, Probleme zu lösen. Das ist unser Ansatz. Unser Politikansatz ist es nicht, uns hinzustellen und zu sagen: Das haben wir noch nie gemacht. Da finden wir keine Lösung. Meine Damen und Herren, das mag Ihr Politikansatz sein, unser Politikansatz ist es, Lösungen für die Probleme der Menschen zu schaffen. Das tun wir auch hier.

(Beifall bei der CSU)

Ich verstehe deshalb diese ideologisch geprägte Diskussion nicht. Das ist nämlich eine solche Diskussion. Wenn Sie vernünftig abwägen würden, müssten Sie sagen: Die Menschen vor Ort sollen die Chance haben zu sagen, dass sie dieses Projekt brauchen, weil es ihre Existenz sichert und weil sie im Vergleich mit anderen wettbewerbsfähig bleiben müssen.

(Florian von Brunn (SPD): Im Gegenteil, Herr Holetschek! Haben Sie schon einmal den Begriff "Klimawandel" gehört?)

Wir haben die Aufgabe, eine Lösung zu finden, die sich am Naturschutz orientiert, aber auch Potenziale für die Zukunft eröffnet. Nichts anderes hat das Kabinett heute getan. Das wollen wir, das tun wir, dafür stehen wir in der Verantwortung, und dafür stehen unser Heimatminister und unser Ministerpräsident. Wenn Sie näher an den Menschen wären, würden Sie sich hier nicht so aufführen, sondern sehen, dass dies eine richtige und verantwortungsvolle Entscheidung für dieses Thema ist.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Holetschek. – Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatsminister Dr. Söder gemeldet. Bitte sehr.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorhin wurde von den einen gesagt, wir hätten keine Meinung. Die anderen werfen uns vor, wir hätten eine zu klare Meinung. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Es steht der Regierung eines Landes, das auf Bürgernähe setzt und das sich als Dienstleister für die Bürger empfindet, gut an, in München nicht immer oberlehrerhaft über Bürger und Bürgermeister zu reden, sondern die Bürger im Land ernst zu nehmen und mit ihnen zusammen nach Lösungen zu suchen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CSU)

Die Landesentwicklung ist nichts Statisches.

(Florian von Brunn (SPD): Und sie ist bei Ihnen in den falschen Händen, Herr Minister!)

Denken Sie einmal daran, dass wir in Bayern im letzten Jahr Hunderttausende von Menschen neu aufgenommen haben. Landesentwicklung bedeutet, immer wieder zu überprüfen, was das Beste für Bayern ist, und dafür zu sorgen, dass es in jedem Landesteil eine Chance auf Entwicklung gibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Alpenraum ist ein Naturraum, aber er ist auch ein Lebensraum. Sie beklagen auf der einen Seite, dass bestimmte Gebiete im Hinblick auf die Demografie Schwierigkeiten haben, weil junge Leute dort nicht bleiben. Gleichzeitig beklagen wir die Überfüllung der Ballungsräume. Wir müssen deshalb ehrlicherweise sagen, dass wir etwas für die ländlichen Räume tun sollten. Wir sollten nicht nur Sonntagsreden halten, sondern den ländlichen Raum ernst nehmen. Wir müssen deshalb dem ländlichen Raum zubilligen, seine Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie erheben die Prinzipienlosigkeit zum Prinzip!)

Der Alpenraum ist kein Denkmal und keine Verbotzone für Bürger. Der Alpenplan definiert übrigens mit seinen unterschiedlichen Zonen den Ausgleich und den Versöhnungsaspekt zwischen Natur, Wirtschaft und Tourismus.

(Florian von Brunn (SPD): Das machen Sie jetzt kaputt!)

Das ist die Herausforderung. Das wurde ausdrücklich festgelegt; denn das war schon vor vielen Jahrzehnten der Planungswille. Meine Damen und Herren, die Ausgestaltung erfolgt unter maßgeblicher Beteiligung des jeweiligen Landtags. Ich weiß gar nicht, was Sie für ein Demokratieverständnis haben.

(Florian von Brunn (SPD): Ein besseres als Sie!)

Der heutige Landtag, das sind auch Sie selbst! Der heutige Landtag hat das Recht und die Pflicht, immer wieder aufs Neue zu überprüfen, was Landesentwicklung bedeutet. Dass der Landtag den Planungswillen neu definiert, ist rechtmäßig und in Ord-

nung. Wir müssen für die Zukunft arbeiten und dürfen nicht nur in der Vergangenheit leben.

(Florian von Brunn (SPD): Aber nicht, wenn die CSU-Klientel Politik betreibt, Herr Minister!)

Ich gebe zu, dass zwei Kollegen, die heute gesprochen haben, näher an dieser Region dran sind als die meisten, die heute gesprochen haben, auch näher als ich. Herr Gehring sagte, es gebe die eine Meinung und die andere Meinung. Er glaubt, es gebe mehr Leute, die seiner Meinung wären. Das mag sein. Überprüfen wir es doch einfach. Schauen wir halt, ob das stimmt. Warum fürchten Sie sich so davor, wo Sie doch immer für Demokratie sind? Warum fürchten Sie sich davor, die Bürger zu fragen?

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe gehört, dass Herr von Brunn Bürgermeister – –

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Frau Vizepräsidentin, mit lautem Gebrülle werden Sie die Bürger vor Ort nicht beeindrucken!

(Ulrike Gote (GRÜNE): Gehen Sie doch auf die Argumente ein!)

Herr von Brunn hat einzelnen Bürgermeistern subkutan andere Interessen unterstellt. Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist nicht der Stil, wie wir mit gewählten Vertretern in den Gemeinden umgehen sollten. Jeder Bürgermeister und jeder Gemeinderat hat Respekt verdient. Diesen Respekt ist das Hohe Haus den Leuten vor Ort schuldig.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen keine Skilifte und Seilbahnen bauen, keiner von uns. Daran ist auch keiner von uns beteiligt. Die Bürger und die Gemeinden wollen sich weiterentwickeln. Sie

sehen an dieser Stelle ihre Zukunft betroffen. Es ist Ausdruck unseres Respekts, dieses Anliegen ernst zu nehmen. Wir hören zu, lassen die Bürger entscheiden und nehmen diese Entscheidung ernst. Es handelt sich um einen Skilift und eine Bergbahn. Davon sind 0,08 % der Zone C betroffen – das ist ein wichtiger Punkt –, aber es sind nicht die gesamten Alpen. Wir nehmen den Abwägungsprozess ernst und überlegen, Kompensationen vorzunehmen, die zum Teil das Dreifache der Fläche umfassen, über die wir gerade diskutieren. Natürlich findet auch anschließend – Sie haben es angesprochen – eine Prüfung nach Recht und Gesetz statt. Das ist doch selbstverständlich. Wovor fürchten Sie sich denn eigentlich, wenn die Stufen des Handelns klar sind, nämlich erstens: Wir fragen die Bürger, zweitens: Wir fragen den Landtag und drittens: Wir entscheiden nach Recht und Gesetz? – Sauberer, besser und demokratischer kann man ein solches Verfahren nicht angehen, als wir das an dieser Stelle tun.

(Beifall bei der CSU)

Bei Windrädern waren Sie generell anderer Meinung. Nach Ihrer Auffassung müssten Windräder überall sein, während das andere nicht so sein kann. Ich finde, auch Sie müssten sich an dem messen lassen, was Sie sagen. Ich finde, dass der jetzt vorliegende Vorschlag – –

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ich kann es nicht hören, weil es immer so laut ist.

Sie können einen Ausflug der Landtagsfraktionen vor Ort durchführen und jeden einzelnen Bürger mit Ihrer Meinung infiltrieren in der Hoffnung, es bringt etwas. Ich aber glaube: Wenn wir ständig von München aus versuchen, den Oberlehrer zu spielen, werden wir am Ende die Bürger nicht erreichen. Nehmen wir die Bürger mit, und geben wir einem sensiblen Abwägungsprozess Raum. In der heutigen Kabinettsitzung haben alle Kabinettsmitglieder genau diesen Weg als sinnvoll erachtet. Es wird kein Recht umgangen, es wird nichts ausgelassen. Wir fragen die Bürger, und – was ganz wichtig ist – dieser Landtag drückt sich eben nicht um eine Entscheidung. Dieser

Landtag bringt zum Ausdruck, dass die Zukunft Bayerns nicht nur in den Ballungsräumen liegt, sondern dass auch die ländlichen Räume eine Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.